

## Fadegrad



von  
Nina Fehr Düsel

## Stopp dem Kriminaltourismus!

Zürich soll eine stabile und sichere Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität sein.

Nach der Grenzöffnung durch das Schengen-Abkommen im Jahre 2008 ist die Sicherheit jedoch massiv gesunken. Dies hat auch auf die Stadt Zürich grossen Einfluss. Viele Quartierbewohner beklagen sich über ein schwindendes Sicherheitsempfinden, wie aktuelle Bevölkerungsumfragen zeigen.

Für die SVP ist klar, dass in letzter Zeit ein gravierendes Sicherheitsproblem besteht und sich dieses kongruent zu den Zuwanderungszahlen entwickelt. Insbesondere Einbruch-Diebstähle und illegale Demonstration haben gemäss Sicherheitsbericht der Stadt Zürich 2012 um durchschnittlich einen Drittel zugenommen.

Ein besonderes Augenmerk muss der Sicherheit in der nahen Umgebung von Asylzentren gelten. Wer die Kriminalstatistik des Kantons Zürich genau anschaut, stellt nämlich fest, dass bei Delikten gegen Leib und Leben der Ausländeranteil überproportional hoch ist. Diese Schlussfolgerung passt natürlich nicht in die Gutmenschenpolitik des rot-grünen Stadtrats.

Auch haben auch Gewerbetreibende beim Stadtrat bezüglich der gewaltbereiten Demonstrationen und Häuserbesetzungen interveniert. Stadtrat Wolff teilt immer noch mit, dass er Hausbesetzungen toleriere. Die Konsequenzen der derzeitigen städtischen Politik sind klar; der Zerstörung von privatem und öffentlichem Eigentum wird auf diese Weise tatenlos zugesehen. Als jüngstes Beispiel kann hier die «sogenannte friedliche» Räumung des besetzten Binz-Areals erwähnt werden, die alleine Sachschäden in Höhe von 100000 Franken nach sich zog.

Die SVP nimmt die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst. In unzähligen Vorstössen forderten wir den Stadtrat auf, mit seiner Politik des Duldens und des Zusehens bei Demonstrationen und Häuserbesetzungen aufzuhören. Dies und auch die geforderte, sehr wichtige Wiedereröffnung von Quartierpolizeiwachen will der rot-grüne Stadtrat jedoch nicht.

Ebenfalls mit mehreren Vorstössen forderte die SVP-Fraktion im Gemeinderat die Aufstockung des Polizeikorps. Zusätzliche uniformierte Polizisten werden sowohl in den Ausenquartieren wie auch in den Brennpunktquartieren der Kreise 1, 4 und 5 dringend benötigt. Leider wurde auch die Nachtpolizei im Gemeinderat nicht bewilligt, obwohl dies ein grosses Anliegen der städtischen Bevölkerung ist.

Angesichts der Bedenken der Bevölkerung und zunehmender Kriminalität auch auf unserem Stadtgebiet ist die Zeit des reinen Gutmenschentums leider vorbei.

Fazit bleibt: Der redliche Bürger soll sich weiterhin und überall sicher bewegen können. Es braucht mehr denn je eine bürgerliche starke Vertretung in der Exekutive und Legislative, damit Zürich auch längerfristig stabil und sicher bleibt!

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Chancenlos im Gemeinderat

Am Mittwoch waren im Stadtzürcher Gemeinderat die Vorstösse des Finanzdepartementes zu behandeln. Gegen die rot-grüne Mehrheit hatten wir keine Chance.



Margrit Haller  
Gemeinderätin SVP  
Zürich 9

Das Postulat 2013/134 der SP verlangte zu prüfen, wie im «Weingarten» am Meierhofplatz in Höngg ein Restaurationsbetrieb mit grossem Gartensitzplatz für die ganze Bevölkerung eingerichtet werden könnte. Neue Begegnungsmöglichkeiten und Alternativen zu den andern Restaurationsbetrieben sollen geschaffen werden. Dr. Guido Bergmaier holte die Fantasien vorerst wieder auf den Boden. Der öffentliche Garten sei schon lange für alle Leute zugänglich. Jetzt soll der abgelegene «Weingarten» mit einem zusätzlichen Restaurationsbetrieb zwangsbelebt werden. Dazu müsste die Stadt sogar Parterre-Mieter kündigen. Ein zusätzlicher unrentabler Subventionsbetrieb sei keine öffentliche Aufgabe. Der Stadtrat wollte das Postulat aus finanzpolitischen Gründen, und weil die Gebäude unter Denkmalschutz ständen, auch nicht entgegennehmen. Das Postulat wurde sogar gegen den Stadtrat aus den eigenen Reihen überwiesen.

### Unnützlich und nicht umsetzbar

Beim Postulat 2013/259 der AL wird es kompliziert. Im «Programm Wohnen» des Stadtrates steht: «Die Stadt setzt sich bei den gemeinnützigen Bauträgerschaften für einen Mindestanteil subventionierter Wohnungen ein.» Dieser Auftrag wird vom Finanzdepartement im Rahmen der Beschlussfassung über gemeinnützige Baurechte schon umgesetzt. Das ist den linken Postulanten zu wenig ag-

gressiv und deshalb fordern sie vom Stadtrat durch stetes Verhandeln, die Genossenschaften dazu zu bewegen, einen Anteil der Neubauwohnungen im subventionierten Wohnungsbau anzubieten.

Thomas Schwendener erwiderte, dass sich der Stadtrat nicht auch noch dort einmischen soll, wo schon ein eigenes Konzept besteht. Die Genossenschaftler würden ihren Bodenpreis schon auf ein Minimum setzen und bräuchten dadurch keinen subventionierten Wohnungsbau. Die Stadt solle sich zuerst anstrengen, die eigenen Finanzen wieder ins Lot zu bringen und sich nicht um Sachen kümmern, die sie eigentlich nichts angingen. Die Bürgerlichen hatten mit ihren Argumenten keine Chancen; das Postulat wurde reibungslos durchgewunken.

Das nächste Postulat 2013/270 der AL verlangt, dass die Stadt Zürich bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte, die Minimallohne für Arbeiten der städtischen Funktionsstufen 1 bis 9 betreffend, sichergestellt werden können, und dass die Stadt kontrolliert, ob die geltenden branchenüblichen Mindeststandards eingehalten werden.

Beat Camen findet das Postulat mehr als überflüssig. Die SVP geht davon aus, dass die Stadt Zürich das geltende Recht einhält, wenn sie Aufträge verteilt. Die Drittunternehmen würden sonst ständig unter Generalverdacht gestellt und der administrative Aufwand, alles immer zu kontrollieren, wäre enorm und schlecht umsetzbar. Die Forderungen der Linken seien absurd und im äussersten Grade wirtschaftsfeindlich. Es nützte alles nichts. Das Postulat wurde überwiesen.

Bei so vielen Negativschlagzeilen aus dem Gemeinderat komme ich

## FINANZEN STADT ZÜRICH

## Es steht 1 nach 12 – die Rezepte der SVP

Die Zahlen und Fakten liegen auf dem Tisch. Die Stadt Zürich schreibt seit sechs Jahren ein Defizit nach dem anderen und die Zukunft sieht noch alarmierender aus.



Roland Scheck  
Stadtratskandidat SVP  
Zürich

Für das Jahr 2014 ist ein Defizit von 172 Millionen Franken budgetiert und für die Jahre 2015–2017 sind gar jährliche Defizite zwischen 304 und 441 Millionen Franken veranschlagt. Das Eigenkapital ist demnächst aufgebraucht und die Bruttoschulden werden bis 2017 auf über zwölf Milliarden Franken anwachsen. Die Stadt Zürich ist längst nicht mehr in der Lage, einen ausgeglichenen Abschluss zu erreichen, geschweige denn ihren Schuldenberg abzutragen. SP und Grüne sowie ihre getreuen Mehrheitsbeschaffer GLP und AL haben damit bewiesen, dass ihre Politik gescheitert ist. Diese Parteien haben sowohl in der Regierungsverantwortung wie auch in ihrer Verantwortung als parlamentarische Mehrheit versagt und die Stadt Zürich an den Rand des finanziellen Ruins gebracht.

### Stellenplanfrierung dringend nötig

Demgegenüber steht die SVP, welche seit Jahren aus der Regierung ausgeschlossen ist. Die SVP warnte anlässlich jeder Budget-, Zusatzkredit- und Rechnungsdebatte eindringlich vor den Folgen linker Geldverschleude-

rungepolitik. So auch in der vergangenen Beratung zum Budget 2014. Die SVP hat mit ihren Budgetanträgen gezeigt, dass die Stadt Zürich ein ausgeglichenes Budget haben könnte und gar eine Steuerfussenkung machbar wäre. Die SVP hat Aufwandverbesserungsanträge von weit über 300 Millionen Franken eingebracht beziehungsweise von anderen bürgerlichen Parteien unterstützt. Doch die rot-grüne Mehrheit hat sich gegen jegliche Aufwandverbesserung zur Wehr gesetzt und mit massgeblicher Unterstützung der Grünliberalen die Aufwandsenkungen auf 59 Millionen Franken beschränken können, womit für das Jahr 2014 ein veranschlagtes Defizit von 172 Millionen Franken resultiert.

Die SVP hingegen hat in den Budgetdebatten der vergangenen Jahre unter Beweis gestellt, dass sie über die erforderlichen finanzpolitischen Kompetenzen verfügt, den Finanzhaushalt zu sanieren. Im Sinne einer Sofortmassnahme ist in der städtischen Verwaltung eine Stellenplanfrierung durchzusetzen. Obwohl der Stadtrat bereits im Jahr 2004 eine Stellenplanfrierung beschlossen hatte, blähte er die Verwaltung seither immer weiter auf. Die Stadtverwaltung wuchs in dieser Zeit prozentual rund 1,7 Mal schneller als die Wohnbevölkerung, was unmöglich finanzierbar ist. Die Grösse der Stadtverwaltung beträgt heute 5,4 Prozent gemessen am Gesamtbevölkerungsstand. Sobald das Wachstum einge-

## Parolen zur Volksabstimmung vom 9. Februar 2014

SVP des Kantons Zürich

## EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

1. Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)

NEIN

2. Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

JA

3. Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

JA

## KANTONALE VORLAGEN

1. Planungs- und Baugesetz (PBG) (Änderung: Zonen mit Anordnungen zur Nutzung erneuerbarer Energien)

NEIN

## Wahlen vom 9. Februar

Gemeindewahlen: Liste 2 wählen

Stadtratswahlen: Nina Fehr und Roland Scheck wählen dazu die restlichen Kandidaten der TOP 5

### Bezirksgerichtspräsidium:

Beat Gut (Kandidat der Mehrheit der IPK-Parteien)

### Erneuerungswahlen Bezirksgericht Zürich:

Liste 1, Wahlvorschlag der IPK (52 vollamtliche Mitglieder)

Liste A, Wahlvorschlag der IPK (20 teiltamtliche Mitglieder)

zum Schluss. Ironie des Schicksals, beim letzten Postulat der FDP kam es noch zum Stichentscheid. Und wer sitzt auf dem Bock? Ein Grüner, der natürlich das Postulat zum Kippen brachte.

### Fazit

Es wurden 3 Postulate von rot-grüner Seite überwiesen, die gar nicht nötig gewesen wären. Wir leben nicht schlechter ohne diese linken Begehren. Kein Wunder, wächst der Verwaltungsapparat überproportional zum

Bevölkerungswachstum. Die Verwaltungs- und Umsetzungskosten dieser Aufträge kosten den Steuerzahler wieder tausende von Franken.

Als ewige Optimistin hofft die Schreibende bei den Wahlen am 9. Februar auf bürgerlichen Zuwachs im Gemeinderat. Was da im Gemeinderat jeden Mittwoch vorgeht, kann eine Ausenstehende, ein Ausenstehender nicht nachvollziehen. Mobilisieren Sie ihre Freunde und Bekannten und gehen Sie bürgerlich wählen, am besten SVP. Vielen Dank.

dämmt ist, muss die Grösse der Verwaltung auf 5 Prozent (1 % mehr als das Landesmittel) der Wohnbevölkerung zurückgeführt werden. Diese Redimensionierung kann ausschliesslich über die natürliche Fluktuation erfolgen. Sie bedingt einzig ein Personalmanagementsystem, welches die Laufbahnplanung der Mitarbeiter sowie die Ressourcenkapazitäten abteilungs- und departementsübergreifend regelt.

### Leistungen überprüfen und hinterfragen

Als weitere Sofortmassnahme ist der ideologische Kapazitätsrückbau der Strasseninfrastruktur zu stoppen. Dieser Rückbau kostet nicht nur enorme Geldmittel, sondern schwächt auch die Volkswirtschaft und verschlechtert insbesondere die Rahmenbedingungen für das Gewerbe. Anschliessend ist eine Leistungsüberprüfung in allen Departementen zu veranlassen. Das heisst, der Stadtrat muss diejenige Herkunftsaufgabe angehen, welche die SVP jeweils im Rahmen der Budget-Debatten im Milizverfahren stemmt: Sämtliche Leistungen sind zu überprüfen und zu hinterfragen, ob diese wirklich eine zwingende Staatsaufgabe sind. Wenn nicht, muss sich die Stadt kurz- bis mittelfristig davon trennen.

Ausserdem ist auf allen Stufen und Hierarchien der Stadtverwaltung das Kosten-Nutzen-Denken zu fördern. Dazu sind in sämtliche Leistungserstellungsprozesse Wirtschaftlich-

keitsprüfungen zu implementieren. Leistungen und Ergebnisse der Stadtverwaltung müssen der Öffentlichkeit einen nachweislichen Mehrwert bringen.

### Sanierung ohne nachteilige Auswirkungen

Des Weiteren muss der Infrastrukturbau verbilligt werden. Überzogene Auflagen, höchste Anforderungen an die Energieeffizienz und Ausbaustandards sowie Kunst am Bau führen dazu, dass die Stadt Zürich viel zu teuer baut und die vorhandenen Mittel damit zu wenig nutzenbringend einsetzt. Ein weiteres Potential liegt in der Reduktion der Anzahl Stadträte beziehungsweise Departemente. Mit dieser Massnahme wären beträchtliche Synergieeffekte zu erzielen. Die SVP hat bereits einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, der jedoch durch die anderen Parteien abgelehnt wurde. Werden diese Potentiale zur Aufwandreduktion ausgeschöpft, gelangt die Sanierung der städtischen Finanzen ohne Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben. Insbesondere gelingt die Sanierung auch ohne nachteilige Auswirkungen auf Zürichs Standortattraktivität. Und dies ist zugleich das Wahlversprechen der SVP, für das ihre Vertreter im Gemeinderat und Nina Fehr Düsel und Roland Scheck im Stadtrat einstehen werden: Sanierung der städtischen Finanzen ohne Beeinträchtigung des privaten Eigentums der Bürger.